
EVELYN REGNER



Informationen für MeinungsbildnerInnen

Reform der Entsende-Richtlinie

Wieso wird die Entsende-Richtlinie reformiert?

Die aus dem Jahr 1996 stammende Entsenderichtlinie ist veraltet und wird aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Ihre ursprüngliche Zielsetzung, ArbeitnehmerInnen zu schützen und unfairen Wettbewerb zu unterbinden, hat sich im Laufe der Jahre in ihr Gegenteil verkehrt: die Richtlinie ebnete den Boden für ein lukratives Geschäftsmodell bei dem entsandte ArbeitnehmerInnen oftmals missbraucht werden. Geringe Entlohnung, schlechte Arbeitsbedingungen und entsetzliche Zustände in den Unterkünften waren die Folge.

Zahlen:

Heute gibt es **2.05 Millionen entsandte ArbeitnehmerInnen in der EU**, 42% der entsandten ArbeitnehmerInnen sind im Baugewerbe, 21.8% im produzierenden Gewerbe und 13,5 % im Sozialwesen. Die durchschnittliche Dauer einer Entsendung beträgt vier Monate.

Nimmt man den Schnitt der vergangenen Jahre heran, wurden im vergangenen Jahr etwa **300.000 Arbeitskräfte nach Österreich** entsendet. Zum Vergleich: Im Jahr 2016 waren es rund 170.000. Bei Kontrollen im ersten Halbjahr 2017 gab es bei 0,9 Prozent der ArbeitnehmerInnen von österreichischen Betrieben Verdachtsfälle auf Unterbezahlung, bei Entsendebetrieben mit einem Firmensitz in anderen EU-Staaten, die ihre Beschäftigten nach Österreich entsenden, hingegen in 44 Prozent der Fälle.

Wie schaut die neue Entsende-Richtlinie aus?

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort** soll ab dem ersten Tag der Entsendung gelten.
- Grundlegende Bestandteile des Arbeitsrechts des Gastgeberlands (Bezahlung, Arbeitszeit, Urlaub) gelten ab dem 1. Tag der Entsendung, **zusätzliche Bestimmungen des Arbeitsrechts des Gastgeberlandes greifen nach 12 + 6 Monaten**
- Auch **LeiharbeiterInnen** sollen künftig von der Entsende-Richtlinie umfasst werden, so dass gleiche Bedingungen für heimische und entsandte LeiharbeiterInnen gelten.
- Die realen Kosten für **Transport und Unterkunft** werden zusätzlich zum Lohn bezahlt und können nicht länger vom Lohn abgezogen werden.
- **Verpflichtende Boni und Provisionen** für Arbeiten außerhalb des normalen Arbeitsplatzes fallen auch für entsandte ArbeitnehmerInnen an.
- Regionale und sektorspezifische **Tarifverträge** können auch für entsandte ArbeitnehmerInnen gelten.
- **Information** über die entsprechende Bezahlung werden auf einer einheitlichen und offiziellen nationalen **Website** veröffentlicht, damit alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer Zugang zu dieser Information haben
- Mitgliedsstaaten haben die Möglichkeit zu **Sanktionen**, wenn sich Unternehmen nicht an Entsende-RL halten (Briefkastenfirmen)
- **Verhinderung von Kettenentsendungen**

Die nächsten Schritte:

Die neue Entsende-RL soll in zwei Jahren in Kraft treten. Damit die neuen Regeln auch wirklich kontrolliert werden, muss nun die **Arbeitsmarktbehörde** so schnell wie möglich umgesetzt werden. Wir SozialdemokratInnen haben gemeinsam mit den Gewerkschaften nicht locker gelassen, dass diese Agentur kommt. Jetzt soll sie so schnell wie möglich umgesetzt werden – und das in Österreich. Denn es ist absurd, dass es bereits eine Behörde zur Kontrolle der Rechte von Banken, aber nicht jener von ArbeitnehmerInnen gibt.

Entsende-Richtlinie im Straßenverkehr

Bis die Lex Specialis in Kraft tritt, bleiben ArbeitnehmerInnen im Transportsektor bleiben wie bereits in der Vergangenheit durch die Entsende-Richtlinie abgedeckt. Die Kommission hat einen Vorschlag (Lex Specialis zur Entsende-Richtlinie) auf den Tisch gebracht, wonach die Entsende-Richtlinie im Transportbereich erst nach dem dritten Tag der Entsendung gilt.

LKW-FahrerInnen fahren unter entsetzlichen Arbeitsbedingungen mit Stundenlöhnen von etwa 3 € (oder gar 2,34 € Estland) durch Europa. Deswegen hat sich Evelyn Regner als sozialdemokratische Chefverhandlerin für ein Ende von Lohndumping stark gemacht und dafür gekämpft, dass die Entsende-Richtlinie auch für LKW-FahrerInnen ab dem ersten Tag gilt – und es somit keine ArbeiterInnen zweiter Klasse gibt.

In der Plenarabstimmung im Juli wurden diese Vorschläge aber nicht angenommen, da die Konservativen eine 10-Tages-Ausnahme von der Entsende-Richtlinie forcierten. Am Ende hat der Bericht aber keine Mehrheit gefunden, das bedeutet, dass die Verhandlungen im EU-Parlament wieder weitergehen. Auch im Rat sind die Verhandlungen am Stocken.